Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/10472

22. 04. 98

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Andrea Fischer (Berlin), Marieluise Beck (Bremen), Werner Schulz (Berlin), Annelie Buntenbach, Rita Grießhaber, Monika Knoche, Irmingard Schewe-Gerigk, Marina Steindor und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu der Beratung der Großen Anfrage der Abgeordneten Andrea Fischer (Berlin), Werner Schulz (Berlin), Marieluise Beck (Bremen) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksachen 13/5795, 13/8237 –

Soziale Dienste und geplanter ABM-Abbau in den neuen Bundesländern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Um die Krise in den neuen Ländern zu überwinden und eine positive gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung gerade auch in Ostdeutschland einzuleiten, ist eine entschlossene, zukunftsorientierte Reformpolitik erforderlich. Dazu ist die Bonner Regierungskoalition nicht in der Lage. Die falschen Weichenstellungen der Bundespolitik belasten die Anstrengungen der neuen Bundesländern stark.

Besonders für die neuen Bundesländer ist ein Bündnis für Arbeit zur Überwindung der Arbeitslosigkeit dringend erforderlich.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

Notwendig ist ein Langfristprogramm Aufbau Ost, in dem die verschiedenen Förderinstrumente und Initiativen konzeptionell zusammengefaßt und mit dem eine sichere Vertrauensbasis geschaffen wird.

1. Die Förderstrategie muß in ihren Grundzügen langfristig und berechenbar angelegt sein. Investoren müssen aber einen Zeitraum von ca. 10 Jahren hinsichtlich der wesentlichen Rahmenbedingungen für den „Standort Ost" Planungssicherheit haben. Kurzfristige Interventionen, wie das Hin und Her der Bundesregierung beim Solidaritätszuschlag, erschüttern diese Vertrauensgrundlage und schaden damit dem Aufbau Ost und den Menschen in den neuen Ländern.

2. Die Höhe der gesamten Aufbau-Ost-Förderung muß mittelfristig auf dem derzeitigen Niveau festgeschrieben werden. Der Solidaritätszuschlag kann erst abgebaut werden, wenn sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in den neuen Ländern wesentlich und nachhaltig zum Besseren wenden. Die Bundesergänzungszuweisungen an die ostdeutschen Bundesländer zum Abbau teilungsbedingter Lasten müssen weiter gezahlt werden.

3. Der Schwerpunkt der Förderung muß künftig beim verarbeitenden Gewerbe und den produktionsorientierten Dienstleistungen liegen. Zentrales Ziel der Anstrengungen muß es sein, die eklatante Exportschwäche Ostdeutschlands zu überwinden. An die Stelle der bisherigen Sonderabschreibungen sollen direkte, gezielte Investitionszulagen treten. Eine verstärkte Förderung von Forschung und Entwicklung muß für die nachhaltige Entwicklung der Wirtschaft in den neuen Ländern eine Schlüsselrolle bekommen.

4. Vordringlich ist die weitere Stärkung von Existenzgründungen und von kleinen und mittleren Unternehmen. Der Aufbau von Kapital-Beteiligungsmärkten und Infobörsen sowie verstärktes öffentliches Engagement durch Beteiligungsfonds und eigenkapitalersetzende Kreditprogramme können dazu wesentliche Beiträge leisten.

5. Beim Ausbau der Infrastruktur müssen die Weichen endlich in Richtung einer ökologischen, langfristig tragfähigen Entwicklung gestellt werden. Gerade in den neuen Ländern bedeutet dies einen klaren Schwerpunkt auf den verstärkten Ausbau der Schienenwege und des Öffentlichen Personenverkehrs und zur Gegenfinanzierung den Verzicht auf überflüssige Autobahnprojekte und den Transrapid.

6. Zahlreiche neue Arbeitsplätze können in den neuen Ländern durch eine neue Energiepolitik entstehen. Umweltfreundliche Energieträger müssen einen attraktiven Marktzugang bekommen, arbeitsintensive Energiesparmaßnahmen systematisch ausgebaut werden. Der Ausstieg aus der Atomenergie setzt Forschungsmittel in erheblichem Umfang für neue, umweltschonende Technologien frei.

7. Der Einbruch bei der Bauwirtschaft muß durch eine Neuorientierung abgefangen werden. Die Aufgaben liegen jetzt vorrangig in einer sachgerechten Sanierung des Wohnungsbestandes und der behutsamen Erneuerung der Städte. Energiesparmaßnahmen kommt dabei eine besondere Bedeutung zu.

8. Der Aufbau Ost wird auf absehbare Zeit eine ausgeprägte aktive Arbeitsmarktpolitik erfordern. Der Abbau von mehreren hunderttausend ABM-Stellen in den letzten Jahren war ein schwerer Fehler. Instrumente der Arbeitsförderung wie Lohnkostenzuschüsse müssen verstärkt mit der regionalen Wirtschaftsförderung verknüpft werden. Auch Altersteilzeit und Einstiegsteilzeit sollen weiter erleichtert werden. Verbesserte rechtliche Rahmenbedingungen für die Vereinbarung von In-

vestivlöhnen können einen wichtigen Beitrag zur Beschäftigungssicherung leisten.

Bonn, den 22. April 1998

Andrea Fischer (Berlin)
Marieluise Beck (Bremen)
Werner Schulz (Berlin)
Annelie Buntenbach
Rita Grießhaber
Monika Knoche
Irmingard Schewe-Gerigk
Marina Steindor
Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333